

Marcus Hawel:
 Die normalisierte Nation.
 Vergangenheitsbewältigung und
 Außenpolitik in Deutschland,
 Offizin-Verlag Hannover 2007,
 448 S. (24,80 €)

»Aufs überzeugendste«, meint Moshe Zuckerman im Vorwort, habe der Autor sein Thema – die »Erörterung von ›Normalisierung« – bewältigt (S. 13), und diesem Urteil ist unbedingt beizupflichten. Es ist politisch bedeutsam, dieses Buch des 34-jährigen Marcus Hawel, es ist wissenschaftlich gediegen, und es ist geschrieben in sicherem Stil und daher von höchst erfreulicher Lesbarkeit.

Politisch bedeutsam: Der Autor greift in eine Debatte ein, die von heftiger Brisanz ist und schon jetzt von einschneidender Folgenhaftigkeit. Soll, darf, kann Deutschland »normal« sein – und was, bitte, dürfen wir uns vorstellen unter solcher »Normalität«? Sich einzumischen in diesen Diskurs, zu dem der Meinungshauptstrom längst eine eindeutige Auffassung hat, ist schon für sich genommen mutig, aber mit von vornherein erklärter Parteinahme setzt Hawel noch eins drauf. »Der Normalitäts-Begriff wird in der vorliegenden Studie«, kündigt er einleitend an, »pejorativ entfaltet und abschließend einem utopischen Verständnis von Normalität gegenübergestellt, um zu zeigen, daß es eine Alternative zur vorherrschenden Realpolitik gibt« (S. 30).

Wissenschaftlich gediegen: Hawel ist souverän genug, sich gar nicht erst einzulassen auf die Idee, Parteinahme und Wissenschaftlichkeit könnten sich bei diesem Unterfangen, auf eine Alternative hinzuarbeiten, gegenseitig in die Quere kommen. Für die »immanente Kritik« hat er sich entschieden, die sich »bei Marx als säkularisierte Philosophie«, als »Eingriff in die bestehende politische Praxis der Herrschenden« verstehe (S. 21), und sie anzuwenden bedeute in der hier erörterten Frage des »Versprechens der Normalität«, nicht einfach »ein von außen als Abstraktion aus der reinen Vernunft gesetztes Dogma den herrschenden Eliten entgegenzustellen«, sondern an die in diesem »Versprechen verborgenen Bedürfnisse und Interessen anzuknüpfen, sie

freizulegen und an ihrem eigenen Anspruch zu bewerten« (ebenda).

Auf dem Weg dorthin diskutiert Hawel im Teil I seines Buches zunächst das Begriffspaar »Normalität und Normalisierung«, und er tut dies in bester an Marx geschulter Manier historisch-materialistisch und mit stets griffbarem Bezug zur Gegenwart. Ins »Zentrum einer Normalitätsapparatur« sieht er – im Ergebnis geschichtlicher Entfaltung des Normalitäts-Begriffs – die »Gaußsche Normalverteilung« gerückt, und aus dieser werde »im herrschenden Diskurs positivistisch Normalität abgeleitet« – eine Normalität, die »den Schein von gesetzmäßiger Objektivität erheischt« (S. 27). Es stecke aber »eine Willkür« in der Aufstellung einer Gaußschen Normalverteilung, und diese Willkür gehe auf nichts anderes zurück denn »Interessen und Machtfragen« (ebenda), und weil das so ist, verbindet Hawel die ganz auf Theorie konzentrierten Abschnitte, in denen es um die »Etymologie der Normalität« und um Jürgen Links »Versuch über den Normalismus« geht, dann auch sofort mit einer kritischen Beleuchtung der »Westlichkeit« als Normalfeld«, weiter mit einem Exkurs unter dem Titel »*allemande querelle* – Von der verspäteten Nation zum Faschismus«, darauf folgend mit einem Kapitel »Zum Verhältnis von Vergangenheitspolitik und außenpolitischer Normalisierung« und schließlich mit der Kernfrage, die ihn auch in den Teilen II und III des Buches umtreibt: der »Souveränität als Normalität«, und zwar hauptsächlich in der Verwobenheit der Souveränität mit dem *ius ad bellum*, dem Recht auf Krieg.

Im Teil II analysiert Hawel die »Außenpolitische Normalisierung seit 1989/90«, und im Teil III steht »Die europäische Integration als verlängertes Operationsfeld deutscher Normalisierung« zur Debatte, aber vorgeschaltet ist noch ein Abschnitt »Zur Homogenisierung von liberalen und konservativen Positionen in Politik und Gesellschaft«. Dort stellt Hawel fest, daß die »Politik der Normalisierung« einst ein »Kampffeld zwischen liberalen und konservativen Vorstellungen« gewesen sei, daß sich »im Zuge der Normalisierung« aber diese Vorstellungen immer mehr einander angeglichen hätten (S. 113). Und er kommt zu dem schmerzhaften Resultat: »Normalisierung verstanden als Eindimensionalisierung meint

postmoderne Einebnung utopischer Gehalte durch die alltagspragmatische Realpolitik« (ebenda).

Und gab es da gar keine Linke, die dieser »Einebnung utopischer Gehalte« etwas entgegenzusetzen hatte? Kaum, sagt Hawel, denn zum einen habe der Untergang des real existierenden Sozialismus und Kommunismus »selbst bei undogmatischen Linken (...) mehr als bloß Irritationen hervorgerufen«, vielen sei »im wahrsten Sinne des Wortes die Orientierung verloren gegangen« (per Fußnote fügt er hier den trefflichen Hinweis an, daß sich der Begriff »Orientierung« aus dem »lateinischen Wort *oriens* = Osten« ableitet und »sinngemäß: nach Osten schauen« bedeutet), und zum anderen sei in Reaktion auf diesen Untergang anstelle des »zur Legitimationsideologie korrumpierten Marxismus« gleich der ganze Marx zu Grabe getragen worden, woraufhin man »weitgehend auch der Begriffe verlustig gegangen« sei, mit denen »die veränderte Welt adäquat zu interpretieren« wäre (S. 137). Schließlich habe sich »die westdeutsche Linke (...) nicht frühzeitig genug mit den Möglichkeiten einer deutschen Einheit sowie der Auflösung der bipolaren Weltordnung auseinandergesetzt« und so im Herbst 1989 »nicht gesehen, wie wichtig auch für sie selbst es gewesen wäre, für ein Gelingen der ostdeutschen und osteuropäischen Reformbemühungen mit einzustehen« (S. 138). Womit die »Einebnung« eben zu jener fast kompletten werden konnte, mit der wir es heute zu tun haben.

Im historisch angelegten Teil II zeichnet Hawel zunächst ein Bild von der Herstellung der deutschen Einheit 1989/90 – unter anderem mit einem Abschnitt »Selbstbestimmung der ostdeutschen Bevölkerung als Farce« – und kommt dann zu den Kriegen der neunziger Jahre. Wie an vielen Stellen zuvor gelingt ihm auch hier wieder in beeindruckender Weise die Bloßlegung von Zusammenhängen, die das Maß der »Einebnung« erst so richtig sichtbar machen. So reflektiert er zunächst den »Druck, den ausländische Öffentlichkeiten in dieser Zeit ausübten« – gemeint ist die Zeit des ersten Irak-Krieges der USA und ihrer Verbündeten Anfang 1991 (S. 193) –, dann die Nutzung dieses Drucks durch jene Kräfte in Deutschland, die unter »Normalisierung« unbeding und vor allem die Teilnahme an Krie-

gen verstanden – Zitat Außenminister Klaus Kinkel: »runter von der Zuschauertribüne der Weltpolitik« (S. 196) –, und gelangt schließlich zu einer Auseinandersetzung mit Hans Magnus Enzensbergers Gleichsetzung von Hitler und Saddam Hussein (S. 196–200). An deren Ende resümiert er: »Wurde Enzensbergers Rhetorik 1991 (...) von der liberalen Öffentlichkeit noch mehrheitlich durchschaut und zurückgewiesen (...), hatte sich 1998/99, als Verteidigungsminister Rudolf Scharping und Außenminister Joschka Fischer (...) den jugoslawischen Staatschef Slobodan Milošević mit Hitler gleichsetzten, die Akzeptanz gegenüber solchen Vergleichen (...) beträchtlich erhöht« (S. 201). Es habe da, so Hawel, die Herausbildung eines »antifaschistischen Musters« der Kriegführungslegitimation stattgefunden, das bis zur Kosovo-Krise 1998/99 »bis zur Perfektion« entwickelt worden sei (ebenda).

Von der Analyse »militärpolitischer Weichenstellungen« und verschiedener Anstrengungen zur »Überwindung verfassungsrechtlicher Bedenken für Kampfeinsätze« gelangt Hawel zu einer Betrachtung von »Kontinuitäten preußisch-deutscher Außenpolitik auf dem Balkan«, die jetzt »im Gewand von Moral und Verantwortung« daher kämen, und er scheut sich dabei auch nicht, die deutsche Mitverantwortung für die Kriege in Jugoslawien zu benennen. Eine Verschärfung der sozialen Konflikte und ein Wiederaufleben des »Bluts- und Stammesdenken(s) in den sich separierenden Regionen« seien »ins Kalkül miteinbezogen« gewesen, »als die Bundesregierung den Teilrepubliken finanzielle Hilfen anbot, insofern sich diese vom Bundesstaat Jugoslawien lossagen« (S. 229). In einem gesonderten Abschnitt verfolgt Hawel die »deutsche Unterstützung des ethnischen Separatismus auf dem Balkan« bis zum Jahre 1977 (Franz Josef Strauß und die »Alpen-Adria-Gruppe«) zurück (S. 233), und auch Hans-Dietrich Genschers Verantwortung als Außenminister wird ausführlich thematisiert (S. 236–241).

Teil II endet mit einem Kapitel zur »uneingeschränkten Solidarität« im »Anti-Terror-Krieg« und zur damit verbundenen »Enttabuisierung des Militärischen«. Teil III behandelt den »Aufstieg Deutschlands zu einer Mittelmacht« und »Die Entstehung einer autarken europäischen Militärmacht«.

Und wie nun ist es mit der Alternative, die Hawel einleitend ankündigt? Der »Krieg gegen den Terror«, schreibt er, diene »als finaler Katalysator der Normalisierung des deutschen Staates« (S. 415) – mithin als Ereignis, mit dem die unikale deutsche Schuld am Zweiten Weltkrieg und am Holocaust vergessen gemacht und die im Ergebnis der bedingungslosen Kapitulation vom 8. Mai 1945 entstandene »Sonderrolle« endgültig überwunden werden könne. Aber – warnt Hawel –: Schuld werde »nicht durch Sühne, insbesondere nicht durch Schuld anderer erledigt« (ebenda). Und: Die »Normalisierung« im Sinne der vollzogenen »Annäherung an ›westliche Werte« sei »allein kein Garant für Frieden und Freiheit«, denn diese Werte seien »in hohem Maße ambivalent«. »Gerade in der (westlichen) Moderne« sei »auch das Potential aufgehoben, welches in die Katastrophe führte«, und es seien »dieselben modernen Prinzipien«, die »auch heute (...) Staaten zu Kriegen veranlassen« (S. 417). Und so wäre Europa, zu dem Deutschland gehört, »erst dann eine Friedensmacht, wenn es von der Umsetzung einer europäischen Militärstaatlichkeit abläßt und auf die ›Weltintegration Europas« setzt« (S. 425). Absage an den Krieg als Alternative zu moderner »Normalität«.

So überzeugend Hawel dies alles dargestellt hat – ein genereller Makel des Buches darf nicht unerwähnt bleiben: Die DDR als Bestandteil deutscher Geschichte kommt nicht vor. Weder ist in den historischen Betrachtungen von ihr die Rede, noch spielt ihr Erbe irgendeine Rolle. Könnte es – zum Beispiel – nicht sein, daß das »Nein« der PDS gegen die Entsendung deutscher Truppen nach Kosovo im Februar 1999, mit dem sich diese Partei gegen alle anderen im Bundestag stellte (Hawel thematisiert es auf S. 265), eine Menge mit DDR-Geschichte zu tun hat? Und das »Ja« der Ostdeutschen in allen anderen Fraktionen eine Menge damit, wie diese Geschichte »eingeebnet« worden ist? Damit es reibungsloser geht mit der »Normalisierung«?

Hawel ist Jahrgang 1973. Es wäre verheerend, müßten wir uns damit abfinden, daß in dieser (westdeutschen) Generation die DDR nicht mal mehr fürs Nachfragen interessant ist.

WOLFRAM ADOLPHI

**Daniel Friedrich Sturm:
Uneinig in die Einheit.
Die Sozialdemokratie und die
Vereinigung Deutschlands
1989/90, Willy-Brandt-Studien,
J. H. W. Dietz Nachf. GmbH Bonn
2006, 520 S. (29,90 €)**

Als die aus einer mit »summa cum laude« bewerteten Dissertation hervorgegangene Veröffentlichung D. F. Sturms, Redakteur bei der Zeitung »Die Welt«, am 9. Mai 2006 im Berliner »Tränenpalast« vorgestellt wurde, war auf dem Podium einige Prominenz versammelt: der Generalsekretär der SPD, Hubertus Heil, der die Präsentation übernommen hatte, Markus Meckel, Klaus von Dohnanyi und Jürgen Schmude. Diese Aufmerksamkeit wurde der Arbeit Sturms gewidmet, weil sie sich als erste ausführlich und z. T. sehr detailliert mit den seinerzeitigen Auseinandersetzungen in der SPD über das Problem der deutschen Vereinigung beschäftigt. Noch sind nicht alle einschlägigen Archive geöffnet; wichtige Dokumente, die geeignet sein könnten, den internationalen Kontext der Vorgänge der Jahre 1989 und 1990 genauer zu analysieren, sind nicht zugänglich. Daher stützt sich Sturm in der Hauptsache auf Zeitzeugen, die ihm zu meist bereitwillig Fragen beantworteten und ihm Einblick in ihre Privatarchive gestatteten (nur Oskar Lafontaine und Heidemarie Wiczorek-Zeul antworteten nicht auf Anfragen). Protokolle, Memoiren und Medien werden im großen Umfang herangezogen.

Das Thema, mit dem Sturm sich befasst, ist äußerst vertrackt. Die Einheit war bekanntlich eine Sturzgeburt. Die handelnden Akteure waren zu keiner Zeit Herr der Lage. Damals drehte sich das Rad der Geschichte nicht relativ gemächlich, sondern mit größter Beschleunigung, weshalb die Situation ständig unübersichtlich blieb und Analysen, die am Vormittag gefertigt wurden, sich schon am Abend als veraltet erwiesen. Die Schnelligkeit, mit der sich die von vielfältigen widerstreitenden Kräften beeinflussten Prozesse entwickelten, machte es unmöglich, die politischen Abläufe zu beherrschen und in die gewünschten Bahnen zu lenken. Entspricht

schließlich die Konfliktlösung im Großen und Ganzen den Wünschen der einen Partei und missfällt sie der anderen, so stehen dann zwar die Sieger und die Verlierer fest, doch auch der Sieger kann nicht wirklich nachweisen, dass er mit seinen Analysen und Strategien das Gesehehen zu lenken vermochte. Mit diesem komplizierten Sachverhalt hat Sturm beträchtliche Schwierigkeiten. Vom Leiter des oben genannten Podiumsgesprächs, Alfred Eichhorn, Redakteur beim rbb, wurde zu Recht darauf hingewiesen, dass es Sturm nicht gelungen sei, die Zusammenhänge zwischen der internationalen Politik, der deutsch-deutschen Politik, den innerparteilichen Differenzen und der Innenpolitik hinreichend darzustellen. Sturm erschwert sich selbst das Erkennen der Motivation für die jeweiligen Positionierungen der agierenden Politiker, indem er aus methodischen Gründen auf eine scharfe Trennung von innen-, außen- und wirtschaftspolitischen Fragen setzt. Darüber hinaus drängt sich dem Leser sehr rasch der Eindruck auf, dass Sturm von Anfang an aus Parteilichkeit für die Befürworter einer schnellen Vereinigung auf eine Differenzierung abzielt, die die Einen als »patriotisch« und die Anderen als »ideologisch verbohrt« erscheinen lassen muss. Das gipfelt gegen Ende seiner Arbeit in der durch nichts nachzuweisenden Behauptung, dass »viele führende Sozialdemokraten das bundesrepublikanische Gesellschaftssystem kritischer als das der DDR« betrachteten. (S. 460) Obwohl dieser Generalverdacht erst ganz am Schluss explizit erhoben wird, durchzieht er doch die gesamte Publikation. Mit einem solchen Ausgangspunkt fällt es Sturm leicht, als Befürworter der Einheit nur jene zu sehen, die für die rasche Vereinigung eintraten, und jene, die über eine andere Weise der Vereinigung nachdachten, als Gegner der Einheit abzustempeln.

Die beachtliche, mitunter schon fast erdrückende Fülle der zitierten Aktennotizen, Zeitungsmeldungen und mündlichen Erinnerungen wird manchen Leser beeindrucken und zu der Schlussfolgerung führen, dass diese Vielfalt an »Beweisen« völlig ausreiche, um die Thesen Sturms unwiderleglich zu untermauern. Ein genaueres Hinschauen lässt die Schwächen der Arbeit dann doch deutlich hervortreten. In dem Podiumsgespräch wies Jürgen Schmude darauf hin, dass in der damali-

gen Situation bei einem Verzicht auf Gespräche mit der SED ein friedlicher Verlauf der Dinge nicht unbedingt zu gewährleisten war, und Markus Meckel meinte, dass die Gegner einer überstürzten Vereinigung keineswegs gegen die Einheit, jedoch für eine »ausgehandelte Lösung« eingetreten seien. Mit solchen Einlassungen kann Sturm infolge seines alternativlosen Denkens nichts anfangen. Das beginnt damit, dass Sturm nicht verstehen kann oder nicht verstehen will, was den Inhalt und die Zielsetzung der Strategie des »Wandels durch Annäherung« ausmachte. Sturm hält sie für verfehlt und für ein Hindernis bei der Herbeiführung der Einheit. Im Streit zwischen den Befürwortern der Politik eines »Wandels durch Annäherung« und denjenigen, die sie seit 1989 mit einem »Wandel durch Abstand« ersetzen wollten, folgt Sturm – was nicht verwundert – vollständig den Letzteren. Hier glaubt er sogar den von ihm sonst so konsequent kritisierten Egon Bahr als Kronzeugen für die Richtigkeit seiner Ansichten anführen zu können, indem er Bahr folgendermaßen zitiert: »Zeichen der hochgradigen Lähmung und Zersetzung des SED-Regimes sind gesehen worden. ... Ich war blind für die Situation, als sie unvermittelt eintrat.« (S. 184, zit. nach Egon Bahr: *Zu meiner Zeit*, München 1996, S. 574) In der von Sturm zu verantwortenden Auslassung zwischen den beiden zitierten Sätzen heißt es aber: »Ich erkannte nicht, dass reif wurde, was mit dem Wandel durch Annäherung angestrebt war.« (Bahr, a. a. O.) Und schon auf der folgenden Seite des von Bahr verfassten Buches hätte Sturm lesen können: »Nur weil keiner der relevanten Faktoren im Westen seine berechenbare Position ausschaltete, das Regime nicht unter Druck von außen gesetzt wurde, konnte der Druck von innen zu einer friedlichen Revolution werden. Damals, ohne den Ausgang zu wissen, haben wir weniger klug als blind das Richtige getan und kooperativ dem Regime den Vorwand genommen, scharf gegen eine erkennbar von außen gesteuerte Bewegung vorzugehen.« (Ebenda, S. 575) Die selbstkritische Aussage Bahrs bezog sich also keineswegs auf die von ihm initiierte Politik des »Wandels durch Annäherung«, sondern auf den genauen Zeitpunkt, zu dem der Erfolg dieser Politik eintrat. In seinem von Einseitig-

keit bestimmten Herangehen an die Bewertung des seinerzeitigen Agierens der von ihm kritisierten SPD-Politiker unterschlägt Sturm völlig, dass die SED-Führung genau wusste, welche Strategie sie am meisten beunruhigen musste. »Wandel durch Annäherung« galt der SED-Führung bekanntlich als der subversive Versuch einer »Aggression auf Filzlätschen«. Es fehlt bei Sturm eben an einer ernsthaften Auseinandersetzung mit der Frage, wie die damaligen Entwicklungen im Hinblick auf ihren friedlichen oder unfriedlichen Verlauf einzuschätzen sind. Es sei hier noch einmal auf Egon Bahr verwiesen, der seine ihn zu jener Zeit umtreibenden Sorgen so formulierte: »Aber wer hätte garantieren wollen, dass das Regime davor zurückgeschreckt wäre, Panzerrollen zu lassen, wie es auf dem Platz des Himmlischen Friedens in Peking geschehen ist? Ich fühlte mich da weniger sicher als diejenigen, die fast schizophoren der DDR-Führung alles Böse zutrauten und gleichzeitig dennoch die friedliche Zwangsläufigkeit des abgelaufenen Prozesses behaupteten.« (Ebenda, S. 576) Sturm misst diesen Fragen keine besondere Bedeutung bei. In seinem Eifer, von ihm verortete Gegner der Einheit festzumachen, führt ihn seine forsche Urteilsfreudigkeit nicht nur des Öfteren in die Irre, mitunter gerät er gar an den Rand der politischen Denunziation (siehe S. 71). Lafontaine, der ihm ein besonderes Ärgernis ist, wird fast durchgängig mit abfälligen Bemerkungen abgetan. So sagt er ihm nach, die DDR nur aus Begegnungen mit der SED und der FDJ, d. h. aus »plumper Parteipropaganda« zu kennen, was nahe legt, dass Lafontaine folglich keine Ahnung von der Situation in der DDR gehabt haben könne. Beim Eingehen auf die ökonomische Dimension des Vereinigungsprozesses kommt Sturm daher stark ins Schlingern. Schließlich lässt sich nicht unterschlagen, dass es Lafontaines Analysen gewesen sind, die die gegebene Lage genauer und ehrlicher erfassen, als das bei jenen der Fall war, die die Einheit »aus der Portokasse« finanzieren wollten. Doch ein positives Wort über Lafontaine ist Sturm zutiefst zuwider. Nachdem er Lafontaine bescheinigt hat, dieser habe völlig richtig prognostiziert, dass riesige Transfersummen für die DDR nötig sein würden (S. 393), fügt Sturm später denunziatorisch hinzu: »Doch

die Warnungen Lafontaines gingen einher mit den Analysen Helmut Schmidts und der Bundesbank, denen es offenkundig um die Sache ging. Lafontaine hingegen trachtete nach jedweder Möglichkeit, den Einigungsprozess zu verzögern, wenn nicht gar zu verhindern.« (S. 472) Den nüchternen ökonomischen Faktor der Einheitsbestrebungen in der DDR, der sich in der Losung »Kommt die D-Mark nicht zu uns, kommen wir zur D-Mark« widerspiegelte, stuft Sturm ziemlich herunter. Stattdessen moralisiert er viel, indem er auf die »bewegenden Szenen auf der Straße« und auf die »Einheit in den Herzen der Menschen« verweist.

Mit großer Beharrlichkeit schmähst Sturm jeden, der für einen modifizierten Weg zur Einheit und gegen eine »Einverleibung« auftrat, unbekümmert als »Gegner der Einheit«. Ja, er geht noch weiter, indem er diesen so genannten Gegnern schon dann, wenn sie im Zusammenhang mit der künftigen Vereinigung auch nur über eine eventuelle »Modernisierung« der BRD nachzudenken wagten, unterstellt, sie äußerten »Wünsche zur Änderung der bundesrepublikanischen Gesellschaftsordnung« (S. 259). Man fragt sich, was Sturm eigentlich unter dem Begriff »Gesellschaftsordnung« verstehen mag.

So facettenreich und minutiös Sturm den Verlauf der Auseinandersetzungen in der SPD um das Problem der Einheit auch darstellt: die Einseitigkeit seiner Einschätzungen, seine Einteilung in Gute und Böse, sein Versuch, den Geschichtsprozess als alternativlos hinzustellen, und seine mangelnde Fähigkeit, wichtige Zusammenhänge zu verdeutlichen, mindern den Wert der Publikation beträchtlich.

HARALD LANGE

Rüdiger Bernhardt:
Gerhart Hauptmann.
 Eine Biographie, verlag atelier
 im bauernhaus Fischerhude 2007,
 224 S. (18 €)

In der zweiten Ausgabe des Jahres 2006 hat unsere Zeitschrift Rüdiger Bernhardts Buch über den späten Gerhart Hauptmann vorstellen

können (»... geschehen ist der Götter Ratschluß«. Gerhart Hauptmanns Delphi lag auf Hiddensee. Der Dichter in der Zeit von 1933 bis 1945, Projekte-Verlag 188, Halle/Saale 2006). Inzwischen ist eine weitere Hauptmann-Publikation erschienen: Der Literaturwissenschaftler und Vorsitzende der Hauptmann-Stiftung in Kloster auf Hiddensee legte jüngst eine umfassende Biographie des Dichters vor. Bernhardt in beiden Werken zentrale und überzeugend belegte These lautet: Als Autor, öffentliche Person und Privatmensch folgte Gerhart Hauptmann zeitlebens dem »Prinzip der Unentschiedenheit«. Der Kehrreim, der in Bernhardt's Darstellung stets anklingt, ist der Ausruf der Figur des Ansoerge aus dem frühen Drama »Die Weber«: »Nu ja ja, nu nee nee.« Oder mit den Worten seines Biographen: »Es ist das Bekenntnis zu einem Leben, das die Nichtentscheidung zum Prinzip und die Unentschiedenheit zum Wert macht.« Das gilt für den opportunistisch und stets kompromissbereit gestimmten Homo politicus, dessen öffentliche »Erklärungen und Meinungen von Naivität« (Bernhardt) gekennzeichnet waren, in gleicher Weise wie für den Ehemann und Liebhaber, der, um sich nicht entscheiden zu müssen, wie der thüringische Graf Lambert II. von Gleichen am liebsten eine Ehe mit zwei Frauen geführt hätte. Hauptmann, der eine erkennbare Vorliebe für Kindfrauen hatte, träumte wenigstens in seinem Tagebuch von einem »Leben zu dreien auf eine edle und harmonische Weise«. Eine zweite, damit ursächlich verbundene These Rüdiger Bernhardt's lautet: Hauptmann's eigene Biographie war »das wichtigste Stoffreservoir des Dichters«. Sie war für den Erzähler und Dramatiker ein nie versiegender Brunnen der Inspiration. Freilich muss man, wie die vorliegende Darstellung lehrt, den Auskünften Hauptmann's immer dann misstrauen, wenn er sich autobiographisch äußert. Das 1937 erschienene Buch »Das Abenteuer meiner Jugend« etwa nennt Bernhardt eine »Wunschbiografie, die oft wenig mit dem Erlebten zu tun hatte«. So kritisch hat sich Eberhard Hilscher in seiner 1969 erstmals erschienenen Biographie nicht zu äußern gewagt.

Gerhart Hauptmann trat als Skandalautor in die Literatur ein. Mit dem 20. Oktober 1889 und nicht mit der Geburt des Dichters am

15. November 1862 beginnt das Buch: Es war der Tag der Premiere von Hauptmann's »Vor Sonnenaufgang«, das seither als exemplarisches Stück des Naturalismus gilt. Mit diesem Drama wurde er bekannt, mit den »Webern« weltberühmt. Für den Nobelpreis hat es nie gereicht, ansonsten wurde Hauptmann im Laufe seines langen Lebens überreich geehrt. Schon sehr früh war er von der eigenen Bedeutung überzeugt. In einem 1885 an den dänischen Literaturvermittler Georg Brandes gerichteten Brief schrieb der junge Hauptmann den (nochmals unterstrichenen!) Satz: »Ich glaube, ich bin ein Genie.« Man darf, was Hauptmann selbst als Genialität deutete, Hybris nennen. Dennoch ist er – sub specie aeternitatis – einer der wichtigsten Autoren des späten 19. und frühen 20. Jahrhunderts. Frühwerke wie »Vor Sonnenaufgang« und »Die Weber« können dafür ebenso als Exempel angeführt werden wie die »Atriden«-Tetralogie, Gerhart Hauptmann's Schwanengesang, der vor 1945 als Apologie auf den Nationalsozialismus, nach 1945 aber als Friedensstück verstanden wurde. Diese vieldeutige Interpretierbarkeit resultiert wohl nicht zuletzt aus Hauptmann's steter Beschwörung einer mythischen Vergangenheit, des Faustischen und »Chthonischen«.

Breiten Raum nimmt in Rüdiger Bernhardt's Darstellung Hauptmann's recht bedenklich stimmende Rolle im Dritten Reich ein. Das Thema hatte der Autor bereits in »... geschehen ist der Götter Ratschluß« detailliert behandelt und damit weit tiefgehender erörtert als es u. a. der ebenfalls ausführliche Hilscher konnte. In dessen Hauptmann-Biographie wird – um nur ein Beispiel zu nennen – der Gauleiter von Niederschlesien und Oberpräsident von Breslau, Karl Hanke, erstaunlicherweise nur einmal und dann auch noch mit falschem Vornamen »Kurt [!] Hanke« erwähnt. Richtig ist, dass den Dichter mit diesem skrupellosen Nazi-Schergen, den Hitler testamentarisch zum Himmler-Nachfolger bestimmt und Goebbels »nicht besonders klug« genannt hatte, eine solch innige Freundschaft verband wie zu dem Gauleiter und Reichsstatthalter von Wien, Baldur von Schirach. Letzteren charakterisiert Bernhardt als »entschiedene(n) Anhänger und Freund Hauptmann's«. Beide hatten die Feierlichkeiten zu

Hauptmanns 80. Geburtstag 1942 zur Chef-sache erklärt, so viel Bedeutung maßen sie dem »Goethe des Dritten Reichs« zu. Angesichts der Verstrickungen mit dem Nationalsozialismus muss es den Leser verwundern, dass der greise Dichter nach dem Ende der Hitler-Diktatur umgehend von der sowjetischen Militäradministration und Johannes R. Becher umworben wurde. Die nicht unbedingt naheliegende Antwort bleibt Bernhardt nicht schuldig: »Ihre (der sowjetischen Besatzungsmacht, K. A.) größte Schwierigkeit war, für die kulturelle Neugestaltung eine repräsentative Identifikationsgestalt zu finden, die sich für die Mehrheit der Deutschen eignete. Das konnte weder ein Emigrant noch ein politisch eindeutig ausgewiesener Antifaschist sein.« Also fragte man Hauptmann, ob er – der sich zeit lebens politischen Gruppierungen, Vereinen und Parteien entzogen hatte – gewillt sei, mit seinem Namen für den Kulturbund zur demokratischen Erneuerung Deutschlands zu werben. Der Tod des Dichters im Juni 1946 vereitelte eine Teilhabe am kulturellen Aufbau in der Sowjetzone.

Das im verlag.atelier im bauernhaus in Fischerhude erschienene Porträt ist dezent gestaltet und mit vielen, zum Teil sehr seltenen Fotos illustriert. Nach der Lektüre überlegend, wie Gerhart Hauptmann, der seinen Mantel nur zu gern in den Wind des Zeitgeistes hing, moralisch zu bewerten sei, wird das Resümee des Lesers ganz unentschieden lauten müssen: »Nu ja ja, nu nee nee.« Das literarische Urteil hingegen ist eindeutig: Gerhart Hauptmann ist ein Dichter von europäischem Rang. Mit dem Fragment gebliebenen Spätwerk »Der große Traum« (1942) hebt Bernhardt den Schriftsteller explizit in den literarischen Olymp, wenn er am Ende seines Buches schreibt: »Mit dem »Großen Traum« erreichte Hauptmann das angestrebte Maß Dantes und Goethes.« Rüdiger Bernhards Biographie kann zweifellos die würdige Nachfolge jener Darstellung antreten, mit der Eberhard Hilscher vor gut vier Jahrzehnten Maßstäbe setzte.

KAI AGTHE

Hans-Hermann Hertle,
Konrad H. Jarausch (Hrsg.):
Risse im Bruderbund.
Die Gespräche Honecker –
Breshnew 1974 bis 1982,
Ch. Links Verlag Berlin 2006,
273 S. (24,90 €)

Von den rund 30 in verschiedenartigen Aufzeichnungen überlieferten Gesprächen zwischen den beiden Parteiführern wählten die Herausgeber für diese Publikation neun aus, die sich schon durch ihre Dauer (zwei bis drei Stunden) und die »Breite des Themenspektrums« auszeichnen, doch insbesondere erkennen lassen, wie aus »Erfolgsgesprächen« ab 1979 »Krisendialoge« wurden (vgl. die Vorbemerkung S. 63 ff.).

Themen in wohl allen Gesprächen sind zum einen die Sorge um Polen, Ärger über Ceauşescu und Empörung über die chinesische Außenpolitik, zum anderen die wachsenden wirtschaftlichen Schwierigkeiten sowohl der Sowjetunion als auch der DDR sowie die deutsch-deutschen Beziehungen. »(...) mit den PKW kommt die Ideologie«, warnt Breshnew im Oktober 1975 (S. 110), und im Juli 1977 erkundigt er sich schon nach »Möglichkeiten, den Besucherstrom einzuengen«. Auch fragt er Honecker, ob es ihm keine Sorgen bereite, »daß es in der DDR praktisch zwei Währungen gibt« (S. 141 f.). 1979 äußert er bereits einen Verdacht: Ob nicht maßgebliche Wirtschaftsfunktionäre »die Gefahr übermäßig enger Beziehungen mit dem Westen (...) unterschätzen?« Und fast schon drohend: »Ich werde jetzt keine Fakten anführen, aber ich verfüge über Material« (S. 167). – Schließlich, beim 1980er Krimtreffen kommt es zum Eklat.

Während es für alle anderen Gespräche deutsche Aufzeichnungen gibt (analoge russische standen den Herausgebern nicht zur Verfügung), fehlen sie bislang für den 11. August 1980. Doch spricht vieles dafür, dass die angebliche »Westorientierung« sowie die Wirtschaftspolitik der SED nunmehr zum »offenen Konflikt« führten, wobei Breshnew auch Informationen verwertete, die er von einer »Gruppe moskauhöriger SED-Politbüromit-

glieder« erhalten hatte (S. 188, siehe auch die Literatur- und Quellenangaben S. 66 u. 188 ff.). Wie Breshnew die Wirtschaftspolitik der DDR beurteilte, lässt sich weitgehend einem Berliner »Nachbereitungsmaterial« entnehmen (hier S. 193 f.), und die Atmosphäre jenes Krim-Gesprächs können wir uns in etwa vorstellen, wenn wir lesen, wie Honecker den neu ernannten Botschafter Egon Winkelmann für Moskau präparierte: Das von Breshnew am 11. August Vorgetragene sei zu 70 Prozent eine »Verzerrung der Politik der DDR« gewesen. Doch: »Solange keine Union sozialistischer Länder besteht, bestimmen wir unsere Politik selbst.« – So jedenfalls in Winkelmanns Aufzeichnung (hier S. 195 f.).

Inwieweit es Akte der Selbstbestimmung waren, das für Ende August verabredete Treffen mit Bundeskanzler Schmidt zu verschieben, den Umtausch-Tagessatz für westdeutsche Besucher auf 25 DM zu erhöhen und vier Vorbedingungen für die Normalisierung des Verhältnisses zwischen den beiden deutschen Staaten zu verkünden, wie es Honecker am 13. Oktober 1980 in Gera tat, sei dahingestellt. Jedenfalls fand es in Moskau Anerkennung. Dennoch erinnerte Breshnew im August 1981 daran, dass es im vorjährigen Gespräch um »einige wunde Punkte« von »langfristiger Natur« gegangen war (S. 202). Auch beim folgenden Krimtreffen (es sollte das letzte sein: Breshnew starb im November 1982) beklagte er den »besorgniserregenden Charakter« technologischer und finanzieller Abhängigkeit vom Westen (S. 235), erinnerte Honecker an dessen Geraer Rede und forderte »aktiven Widerstand« gegen alle Versuche, die zwischenstaatlichen Beziehungen »auf sogenannter innerdeutscher Grundlage zu gestalten (...)«. Bonner Ziel sei die »Einverleibung« der DDR (S. 247).

Die Dokumentation ist in vieler Hinsicht aufschlussreich. So geht es auch in den »Krisendialogen« immer wieder um Polen. Honecker urteilt härter als Breshnew, wenn er die dortige Bruderpartei als »kampfunfähige, innerlich zerrissene« bezeichnet, »die immer mehr ihren marxistisch-leninistischen Charakter verliert« (S. 216). Er warnt sogar: »Wir dürfen die Möglichkeit, daß die polnische Krankheit sich ausbreitet, nicht unterschätzen« (S. 217). Auch über den Rat für Gegen-

seitige Wirtschaftshilfe sagt er eher skeptisch, dass es »bei allen Erfolgen der sozialistischen ökonomischen Integration« doch auch »sehr ernst zu nehmende Tendenzen der Desintegration gibt« (S. 244). – China wiederum ist für die DDR kein solches Problem wie für die UdSSR. Breshnew prangert die »unablässige, feindselige Kampagne Pekings gegen die UdSSR«, die »Linie zur Blockbildung mit dem Imperialismus« an, um Honecker vorzuhalten: Und eure Presse schweigt! (S. 250) Selbstverständlich versichert der, »daß die DDR in der chinesischen Frage stets an der Seite der UdSSR steht« (S. 257).

Nun bleibt noch anzumerken, dass ich dieses Buch nicht nur Historikern empfehle (die genau über die Beschaffenheit und das Umfeld der veröffentlichten Archivalien informiert werden), sondern auch interessierten Laien, die einer rund sechzigseitigen Einleitung alles entnehmen können, was ihnen zum besseren Verständnis der Aufzeichnungen sowie der Bedeutung dieser Gespräche verhilft.

JOCHEN ČERNÝ

Dirk Mellies:
Trojanische Pferde der DDR?
Das neutralistisch-pazifistische
Netzwerk der frühen Bundes-
republik und die Deutsche
Volkszeitung, 1953-1973;
Peter Lang Verlag 2007,
181 S. (39 €)

Dirk Mellies untersucht in seiner Magisterarbeit das »personelle Spektrum der neutralistisch-pazifistischen Opposition in der frühen Bundesrepublik«. Unter diese Personengruppe fasst der Autor diejenigen, die sich gegen die Westbindung der Bundesrepublik und für ein blockfreies entmilitarisiertes Gesamtdeutschland aussprechen. Der Autor hat in einer Netzwerkstudie die Autorinnen und Autoren der im Juni 1953 gegründeten *Deutschen Volkszeitung* (DVZ) untersucht und so das personelle Netzwerk konstruiert. Die DVZ war, neben den Ende 1956 gegründeten *Blättern für deutsche und internationale Politik*, das wichtigste

Organ eines sehr breiten politischen Ansatzes, der sowohl kommunistische, nationalneutralistische, linkskirchliche und dann zusehends auch demokratisch-sozialistische Sichten umfasste.

Zwei Organisationen spielen in diesem Milieu eine wichtige Rolle: Im Mai 1953 wurde der *Bund der Deutschen für Einheit, Frieden und Freiheit* (BdD) gegründet, der als Organisation dann faktisch die DVZ trug, obwohl die DVZ formal unabhängig vom BdD war. Die DVZ wurde, so Mellies, in der gesamten Zeit ihres Bestehens bis 1989 von Kommunisten dominiert, obwohl sie sich definitiv an ein nicht-kommunistisches Publikum wandte. Ihre Anbindung an die *Deutsche Kommunistische Partei* (DKP) wurde ab deren Gründung 1968 stärker als vorher an die illegale KPD. Im Dezember 1960 schließlich wird im Hinblick auf die Bundestagswahl 1961 die *Deutsche Friedensunion* (DFU) als Partei gegründet, in der der BdD aufgeht. Sie tritt zuerst für die »Schaffung einer kernwaffenfreien und militärisch verdünnten Zone in Europa« ein und streitet dann später für die »militärische Neutralisierung unseres zwischen Ost und West zerrissenen Landes«. Analog zu den außenpolitischen Zielen der DDR geht sie im Programm von 1968 von der (friedlichen) Koexistenz zweier deutscher Teilstaaten aus. Diese Kongruenz zu den außenpolitischen Kurskorrekturen der DDR wird auch für andere Strömungen oder Organisationen des neutralistisch-pazifistischen Milieus nachgewiesen.

Mellies gibt einen Überblick über die Vielzahl der Personen und Klein- und Kleinstorganisationen, die in diesem Milieu anzutreffen waren und untersucht ihre politischen Positionen. Diese sind aus heutiger Warte als befremdlich anzusehen, erinnern doch Aussagen wie die 1953 von Joseph Wirth getroffene »eine verantwortungslose Mehrheit des Bundestages (habe sich) dem Lebenswillen unseres Volkes entgegengestellt« an alles andere als ein emanzipatorisches Programm.

Mit diesem Band, der trotz seines Titels nicht zur dumpfen antitotalitären Literatur der Extremismusforschung gehört, liegt eine Untersuchung zur Vorgeschichte von »1968« vor. Sie zeigt eindringlich, wie wenig das hier untersuchte Milieu mit dem Selbstverständnis,

den Inhalten und Aktionsformen der »Studentenbewegung« genannten Sozialrevolte anfangen konnte, und wie dies zu ihrem Niedergang beitrug. Die deutsch-deutsche Entspannungspolitik der 1970er Jahre und die zunehmende Nähe zur dogmatischen DKP machten ihm vollends den Garaus, zumal diejenigen, die sich noch aus der Weimarer Zeit kannten, als Knotenpunkte des Netzwerkes ausfielen, weil sie mittlerweile verstorben waren.

BERND HÜTTNER